

**Datenschutzrechtliche Informationen
nach Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Das Gericht erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten der betroffenen Person(en) in Stellenbesetzungsverfahren. Hierzu wird mitgeteilt:

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Sozialgericht Leipzig
Berliner Straße 11
04105 Leipzig
E-Mail: Poststelle@sgl.justiz.sachsen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragter des Sozialgerichts Leipzig
Berliner Straße 11
04105 Leipzig
E-Mail: Datenschutz@sgl.justiz.sachsen.de

3. Allgemeine Informationen zu Datenerhebung und -verarbeitung:

- a) Das Gericht verarbeitet in Stellenbesetzungsverfahren personenbezogene Daten zur Begründung eines Richter-, Beamten-, Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchst. b, c und e DSGVO in Verbindung mit § 11 Sächsisches Datenschutzdurchführungsgesetz, §§ 111 Abs. 6, 115 Sächsisches Beamtenge-
setz (SächsBG) (ggf. in Verbindung mit § 3 Sächsisches Richter-gesetz [SächsRiG]).
- b) Soweit für die Stellenbesetzung eine Anlassbeurteilung erforderlich ist, werden personen-
bezogene Daten ggf. bei einem Dritten erhoben. b) Besondere Kategorien personen-
bezogener Daten (wie zum Beispiel Gesundheitsdaten) werden auf der Grundlage von
Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchst. b, c und e in Verbindung mit Art. 9 Abs. 2 Buchst. b
und f DSGVO in Verbindung mit der jeweils zugehörigen nationalstaatlichen Bestimmung
verarbeitet, soweit dies erforderlich ist. Dies betrifft etwa die Feststellung der Dienstfähig-
keit.
- c) Enthält das vorgelegte Führungszeugnis Eintragungen, verarbeitet das Gericht diese nach
Art. 10 Satz 1 DSGVO in Verbindung mit der jeweils zugehörigen nationalstaatlichen Be-
stimmung.

- d) Innerhalb des Gerichts erhalten nur diejenigen Personen Zugang zu den personenbezogenen Daten, die mit deren Verarbeitung zu den oben beschriebenen Verarbeitungszwecken betraut sind.

An Dritte werden personenbezogene Daten vom Gericht nur aufgrund einer entsprechenden gesetzlichen Regelung weitergeleitet, aus der sich auch der jeweilige Zweck der Datenübermittlung ergibt. Dies betrifft die Übermittlung personenbezogener Daten an die im Stellenbesetzungsverfahren zu beteiligenden Stellen, insbesondere an den künftigen Dienstvorgesetzten, sowie ggf. die zuständige Personalvertretung, die Gleichstellungsbeauftragte und die Schwerbehindertenvertretung. Zudem können personenbezogene Daten an Auftragsverarbeiter i.S.d. Art. 28 DSGVO (insbesondere an die Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz [LIT], den Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste [SID] oder an andere öffentliche-rechtliche oder private IT-Dienstleister) weitergegeben werden; Erforderlichkeit und Umfang der Weitergabe ergeben sich dabei aus dem der Auftragsverarbeitung zugrunde liegenden Vertrag oder anderen Rechtsinstrument.

- e) Die Daten werden für die Dauer des jeweiligen Verfahrens gespeichert und nach Abschluss des Verfahrens für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke bis zum Ablauf der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist aufbewahrt. Bei Stellenbesetzungsunterlagen handelt es sich um Justizschriftgut, welches den hierfür geltenden Aufbewahrungsvorschriften unterfällt. Zu diesen Aufbewahrungsvorschriften zählen insbesondere die Sächsische Justizschriftgutverordnung, das Sächsische Archivgesetz und die Sächsische Haushaltsordnung einschließlich der dazugehörigen Verwaltungsvorschriften (VwV-SäHO). Sofern eine Einstellung erfolgt, gelten für Beamte und Richter zusätzlich die §§ 116, 117 SächsBG (ggf. in Verbindung mit § 3 Sächs-RiG) und die VwV Personalakten Justiz.
- f) Im Gericht erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung.

4. Rechte der betroffenen Person:

Die betroffene Person hat gegenüber dem Verantwortlichen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte hinsichtlich der sie betreffenden personenbezogenen Daten:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch gegen die Erhebung, Verarbeitung und/oder Nutzung (Artikel 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Der betroffenen Person steht zudem das Recht zu, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren.